

5. Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage

Antrag des Regierungsrates vom 24. Januar 2024 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 4. Februar 2025

KR-Nr. 91a/2020

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaikanlagen (PV) gebaut werden. Das theoretische PV-Potenzial auf kantonalen Gebäuden beträgt 60 Millionen Kilowattstunden und damit rund die Hälfte des Stroms, der in diesen Gebäuden verbraucht wird. Das realistischere in nützlicher Frist realisierbare Potenzial ist natürlich etwas tiefer, nämlich 48 Millionen Kilowattstunden. Das ist ein knappes Prozent des Solarpotenzials auf allen Zürcher Dächern, also nicht nur auf den Dächern der kantonalen Gebäude, sondern auf allen Zürcher Dächern, das knapp 6000 Millionen Kilowattstunden beträgt.

2022 hat der Regierungsrat innerhalb seiner langfristigen Klimastrategie die Installation von Solaranlagen bei kantonalen Gebäuden als Handlungsschwerpunkt definiert. PV-Anlagen werden in Zukunft Bestandteil praktisch jedes Gebäudes sein und, gleich wie andere Gebäudetechnikanlagen, zur Bausubstanz gehören. Bereits heute sind Solarpanels für eine Jahresproduktion von 8 Millionen Kilowattstunden Strom gebaut oder in Planung, und im Rahmen von Neubauten und Gesamtinstandsetzungen werden kontinuierlich weitere Solaranlagen dazukommen. Allerdings wird es nicht möglich sein, bis 2030 alle geeigneten Dächer und Fassaden mit Solaranlagen auszustatten, dafür fehlen die Mittel. Insgesamt sieht sich der Regierungsrat aber auf einem guten Weg.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Dieser Vorstoss entpuppte sich bereits im Jahr 2020 als Hilferuf einer desorientierten Klimavereinigung, ein Hilferuf, welchen das Parlament zwar gehört hat, das Postulat wurde überwiesen. Wir wollten jedoch damals schon die Diskussion und nicht überweisen. Und siehe da, die Rettungsmöglichkeiten zu den Hilferufen konnten durch den Regierungsrat nicht gewährt werden, so wie dies die ganze Klimastrategie ihrerseits darstellt.

Ich erlaube mir die Frage: Was um alles in der Welt haben sich die Postulantinnen und Postulanten gedacht, wenn sie eine Strategie fordern, um alle optionalen kantonalen Dächer bis ins Jahr 2030 mit einer PV-Anlage auszurüsten? Das wäre etwa dasselbe, wie wenn Sie in acht Stunden vom Bodensee zum Genfersee laufen möchten. Die SVP-Fraktion versuchte, Ihnen das bereits bei der Überweisungsdiskussion verständlich zu machen, doch blieben wir damals erfolglos.

Nun liegt jedoch der Bericht vor, ein «Berichtli», welches nun in den Archiven der Postulanten und Postulantinnen sowie der Staatsverwaltung zu verschwinden

droht, ein Bericht, der null Relevanz hat. Erfreulich in der Antwort hingegen ist die Ansicht der Regierung – und das hat mich gefreut –, dass eine Photovoltaikanlage als wirtschaftliches Bauteil betrachtet wird und ein finanzieller Erfolg oder Ertrag daraus erwartet werden muss. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, dann auch etwas über den Tellerrand und damit über dieses Postulat hinauszuschauen. Und denken Sie dabei in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung an die volkswirtschaftlichen Kosten im Energiebereich. Als Regierungsrat, aber auch wir als Kantonsräte... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Schön, dass auf fast jedem Gebäude und teilweise in den Fassaden der kantonalen Liegenschaften künftig eine Solaranlage gebaut wird. Ein Wermutstopfen bleibt: Die Solaranlagen werden aus Ressourcengründen nur bei laufenden oder neuen Bauprojekten ausgeführt. Das heisst, wenn zum Beispiel keine Dacherneuerung ansteht, wird keine Solaranlage nachgerüstet. Somit geht es mehr als nur eine kurze Weile, bis überall eine Anlage montiert ist.

Wir danken dem Regierungsrat für das Dranbleiben. Wir werden aber darauf achten, dass noch mehr, liebe SVP, noch mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, damit nicht nur unsere Gebäude sinnvoll saniert werden, sondern auch die entsprechenden energetischen Sanierungen und die entsprechenden – und das ist heute State of the Art – Energieerzeugungsanlagen ausgeführt beziehungsweise gebaut werden können. Für uns bleiben es Anlagen, die eine Relevanz haben, lieber Vorredner, und nicht eine Nullrelevanz. Wir sind für das Abschreiben des Postulats.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Für uns ist vor allem das Fazit des Regierungsrats in der Postulatsantwort sehr interessant. Der Regierungsrat schreibt: PV-Anlagen werden dort installiert, wo so oder so ein Bauprojekt realisiert wird. Dann macht der Bau einer Solaranlage Sinn. Aus Ressourcengründen starten wir aber im Moment keine Projekte auf bestehenden Liegenschaften. Deshalb kann der Ausbau nicht in dem Umfang erfolgen, wie es vom Postulat gefordert wird. Weiter wurde auch ausgeführt, dass das Fassadenpotenzial als klein eingeschätzt wird, weil Fassaden eben häufig innerstädtisch oder im Dorfkern nicht das Potenzial haben, um eine Wirkung zu erzielen. Und zudem schreibt der Regierungsrat weiter, dass schlecht geeignete Dachflächen für den Kanton nicht interessant und auch für Dritte kaum lukrativ sind und dass sich der Ausbau am Erneuerungszyklus der Dächer orientiert. Und genau diese Ausführungen, nämlich nicht auf bestehenden Bauten, nicht an Fassadenflächen und ausgerichtet am Erneuerungszyklus, genau diese Bedingungen und diese Aussagen haben wir eingebracht, wenn es um Erneuerungen für Private geht. Das war in der Vernehmlassung des Energiegesetzes und im Rahmen der PI Siegrist *(Nicola Siegrist, KR-Nr. 334/2022)* und dort haben wir genau dies eingebracht. Wir hoffen, dass der Kanton diese Ausführungen, die er für sich in Anspruch nimmt, dann auch zum Maststab nimmt, wenn es um die Pflichten für die Privaten geht. Besten Dank. Wir schreiben ab.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Wie schön wäre es, wenn wir auf jedem Dach eine Solaranlage hätten, also fangen wir doch mal auf den kantonalen Gebäuden an. So habe ich das Postulat begründet, das wir vor drei Jahren mit 105 Stimmen hier im Rat überwiesen haben. Es hat viel angestossen, in drei Jahren ist einiges gegangen. Ich möchte hier fünf Punkte kurz erwähnen: Erstens: Der Standard Nachhaltigkeit Hochbau hat die Forderung nach Photovoltaikanlagen integriert. Zweitens: Mit der langfristigen Klimastrategie hat der Regierungsrat die Installation von Solaranlagen bei kantonalen Gebäuden als Handlungsschwerpunkt definiert.

Drittens: Die geforderte Potenzialanalyse wurde erstellt. Auf 309 Arealen mit knapp 1000 Dächern könnte mit dem realistischen Potenzial eine Stadt wie Horgen oder Bülach ein Jahr lang mit Strom versorgt werden. Oder ein Elektroauto könnte die Erde 7000 Mal umrunden.

Viertens: Die Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage wird nur nicht mehr konservativ, sondern realistisch geschätzt. Dies ist ganz wichtig und ermöglicht auch grossflächige Solaranlagen über die ganze Dachfläche.

Fünftens: Bei Neubauten werden auch Solarfassaden geprüft. Dies begrüßen wir sehr, sehen das Potenzial aber viel höher, als berechnet.

Fazit: Wir sind heute an einem anderen Punkt als noch vor fünf Jahren. Das Postulat hat viel angestossen, besten Dank dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Umsetzung. Die Grünliberalen sind für Abschreibung. Wir haben aber noch zwei kurze Anregungen: Man könnte bei denkmalgeschützten Gebäuden noch aktiver nach Lösungen suchen. Und zweitens wäre eine beschleunigte Umsetzung und Nachrüstung zu begrüßen, insbesondere für grosse Dächer und Gebäude, die erst gerade gebaut oder saniert wurden.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Innerhalb von nur drei Jahren konnten die Photovoltaik-Produktionen auf kantonalen Gebäuden verdoppelt werden, ein beeindruckender Erfolg. Die Immobilienstrategie von 2017 setzte ein damals ambitioniertes Ziel: Bis 2030 sollten 5 Prozent des Strombedarfs an den eigenen Gebäuden produziert werden. Doch dieses Ziel wurde schon 2022 erreicht. Dafür möchten wir dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden des Immobilienamtes unter der Leitung von Frau Katrin Leuenberger herzlich danken. Nun gilt es, auf diesem Pfad zu bleiben und mit der Überarbeitung der Immobilienstrategie, welche wohl 2027 neu aufgelegt wird, ein neues ambitioniertes Ziel zu setzen. Wir fordern den Regierungsrat auf, zukünftig zusätzliche Flächen für die Solarproduktion zu berücksichtigen. Fassaden, Balkonbrüstungen, Parkplätze, Infrastrukturanlagen, Fusswege und andere bisher ungenutzte Flächen sollen auch mitgedacht werden und mitgeplant werden. Mit diesem erweiterten Ansatz könnte das Potenzial von heute 50 Prozent auf allenfalls 70 Prozent Eigenstromproduktion an den Verwaltungsgebäuden erhöht werden.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Integration von Solaranlagen an denkmalgeschützten Gebäuden. Hier muss der Kanton eine Vorreiterrolle einnehmen, damit auch Private in diese Richtung gehen können. Denn architektonisch hochwertige

Lösungen kommen nicht aus dem Massenmarkt aus China, sondern sind ein USP (*Unique Selling Proposition*) der Schweizer Solarbranche. Unsere Unternehmen bieten innovative Lösungen für Dächer und Fassaden, die sich harmonisch in das Stadtbild einfügen. Der Regierungsrat soll bei seinen Planungen solche Schweizer Lösungen aktiv berücksichtigen. Die Grüne Fraktion schreibt ab.

Regierungsrat Martin Neukom: Solaranlagen auf Dächern auszubauen, das ist eine sehr sinnvolle Angelegenheit. In vielen Fällen lohnt sich das sogar finanziell, und wir haben heute bereits viele Solaranlagen auf den Dächern unserer Immobilien. David Galeuchet hat es gesagt, wir sind dabei deutlich schneller vorangekommen, als das ursprünglich mal geplant gewesen ist. Wir haben heute 3,5 Gigawattstunden Strom, die wir jedes Jahr auf unseren eigenen Dächern produzieren; also das war der Wert von 2022, jetzt sind wir schon ein bisschen höher. Das entspricht rund 6 Prozent des eigenen Strombedarfs, und bis 2028 wird das noch auf 8 Gigawattstunden pro Jahr steigen, das wären dann rund 13 Prozent, wenn dann der Stromverbrauch noch gleich hoch ist wie jetzt. Das sind einfach die Projekte, die bereits geplant sind und von denen wir wissen, dass sie in dieser Zeit fertig werden.

Wir haben im Rahmen dieses Postulats eine Potenzialanalyse bei unseren eigenen Gebäuden und auf unseren eigenen Dächern ausgeführt. Wir haben rund 300 Areale, die in diesem Zusammenhang relevant sind, mit rund 1000 Dächern, da lässt sich also etwas machen. Das gesamte Potenzial wären rund 60 Gigawattstunden. Jetzt zu den Kosten, wenn man das jetzt alles direkt ausrüsten wollte: Sagen wir mal, wir nehmen zwei Drittel des Potenzials, das scheint realistisch, also 40 Gigawattstunden. Das wären rund 80 Millionen Franken, die man hier investieren müsste. Demgegenüber stünden dann jährliche Einsparungen oder Erträge von rund 5,5 bis 7,5 Millionen Franken. Das heisst, man könnte diese Anlagen in zwischen 11 und 15 Jahren amortisieren, so ganz grob gerechnet mit den heutigen Preisen. Allerdings, das wurde schon gesagt und wir haben das im Postulat so geschrieben: Mit den jetzigen Personalressourcen im Immobilienamt und im Hochbauamt schaffen wir es nicht, diese Extrainvestition schnell und zügig auf allen Dächern, die wir im Bestand haben, umzusetzen. Deshalb ist unsere Strategie folgendermassen: Wir rüsten überall, wo wir Bauprojekte haben, bei Neubauten sowieso, aber natürlich auch, wenn wir eine Sanierung oder eine Dachsanierung machen, die Gebäude mit Solaranlagen aus, und damit kommen wir auch Schritt für Schritt vorwärts; vielleicht nicht ganz so schnell, wie gewünscht. Wir bitten daher den Kantonsrat, dieses Postulat abzuschreiben. Danke.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 91/2020 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

